

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/08/2008

**über die öffentliche Sitzung am 21.05.2008,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 22:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörn Schade

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Herr Rolf Griesenberg
Herr Rafael Haase

ab 19:18 Uhr; TOP 2

ab 19:20 Uhr; TOP 2 / stimmbe-
rechtigt ab 21:16 Uhr; TOP 9, für
das Mitglied Sinning

Herr Dieter Heidenreich
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Herr Wolfgang Sinning

i. V. für Herrn Hansen

bis 21:16 Uhr; TOP 8

Bürgerliche Mitglieder

Herr Christian Conring

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Karina Krasnicka
Frau Margot Sinning

Kinder- und Jugendbeirat, ab
19:34 Uhr; TOP 2, bis 21:16 Uhr
Seniorenbeirat; bis 21:16 Uhr

Verwaltung

Herr Wilhelm Thiele
Frau Andrea Becker
Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Jens Uwe Ehrlich

Bürgerliche Mitglieder

Herr Jörg Hansen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2008 vom 16.04.2008
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. SPD-Antrag Vorgutachten Peter-Rantzau-Haus **AN/0011/2008**
6. Verschiedenes
 - 6.1. Peter-Rantzau-Haus / Beachtung der B-Pläne Nr. 11 und 51 sowie mögliche Befreiungstatbestände
 - 6.2. Lärmsanierung an Schienenwegen des Bundes
 - 6.3. Entwurf Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein
 - 6.4. Themenwerkstatt "Innenentwicklung" der Metropolregion Hamburg
 - 6.5. Bauliche Entwicklung im Park Manhagen
- Information über den weiteren Verfahrensgang -
 - 6.6. Neubau eines Sendemastes Höltingbaum
 - 6.7. Antrag der Ahrensburger Schützengilde auf Durchführung des Schützen- und Volksfestes auf dem Lindenhof-Gelände
 - 6.8. Flächenmanagementkataster (FMK)
 - 6.9. BPA-Ausblick auf Themen
7. Kenntnisnahmen
 - 7.1. Schaffung temporärer Kfz-Parkplätze im Umfeld des Schlosses
 - 7.2. Abstellplätze für Wohnmobile
 - 7.3. Situation Am Tiergarten
 - 7.4. Verkehrliche Erschließung des Lebensmittelnahversorgers am Reeshoop
 - 7.5. Verkehrssicherheit an den Einmündungen in die Nebenanla-

gen der Kerntangente

- 7.6. Geschwindigkeitsbegrenzung im Quartier Rathausstraße/Lohe/Große Straße
- 7.7. Haltverbot in der Fritz-Reuter-Straße
- 7.8. Straßenunterhaltung in der Ladestraße auf Höhe des neuen Tunnelzuganges
- 7.9. Sanierung der Tiefgarage unter dem Rathausplatz
- 7.10. Unterhaltung des Pflasters im südöstlichen Bereich Rathausplatz
- 7.11. Unterhaltung Rathausstraße

1 Festsetzung der Tagesordnung

Wie der Vorsitzende anmerkt, ist das Protokoll Nr. 07/2008 über die Sitzung am 07.05.2008 in diesen Tagen in Druck gegangen und wird dementsprechend erst diesen Donnerstag in Stadtverordnetenfächer gelegt. Demzufolge wird die Genehmigung dieses Protokolls abgesetzt und stattdessen über das Protokoll Nr. 06/2008 über die Sitzung am 16.04.2008 befunden, dessen Genehmigung der in der letzten Sitzung aus Zeitgründen vertagt werden musste.

Des Weiteren kommt es unter TOP 8 nicht zu dem erhofften Gespräch mit den Verantwortlichen des Bauvorhabens in der Hamburger Straße; stattdessen sollte über das weitere Vorgehen beraten und entschieden werden.

Der Vorsitzende bezieht sich auf die bereits in der Einladung vom 08.05.2008 angekündigte Empfehlung, die Tagesordnungspunkte 8 bis 11 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt einstimmig und insofern mit der gemäß § 46 Abs. 7 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zu der in der Einladung vom 08.05.2008 vorgeschlagenen Tagesordnung; dieser wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Im Zusammenhang mit der Festlegung der Tagesordnung wird festgestellt, dass

- die Antworten auf die Anfrage zur Zusammenarbeit mit der Siemens AG dem derzeit in Druck befindlichen Protokoll Nr. 07/2008 beigelegt sind und insofern bei Bedarf in den nächsten Sitzungen Nach- oder Verständnisfragen gestellt werden können,
- die Vorschläge der Verwaltung zur von Beiräten beantragten Umgestaltung der Platzanlage Hagener Allee in der 23. Kalenderwoche 2008 schriftlich verteilt werden, um anhand dieser Unterlagen in der für den 18.06.2008 vorgesehenen BPA-Sitzung hierüber zu beraten und
- die Vorstellung der Ingenieurbüros für die Verkehrsuntersuchung zum Kreisverkehr am AOK-Knoten für den 04.06.2008 eingeladen worden sind und diese Ausschusssitzung möglichst nicht mehr mit weiteren Themen überfrachtet werden sollte.

Anmerkung der Verwaltung:

Auf die Ausführungen unter TOP 6.9 dieses Protokolls sei verwiesen.

2 Einwohnerfragestunde

Herr Rüssmann stellt im Namen des Vereins „Bürger für Ahrensburg“ in Bezug auf den Bericht im Schleswig-Holstein Magazin richtig, dass sich die Kritik nicht gegen die Kommunalpolitik, sondern gegen die Verwaltungsleitung des Rathauses und insbesondere des Fachbereichs IV richtet. Hinterfragt wird die Aussage in der 33. Änderung des F-Planes mit dem Geltungsbereich zwischen Klaus-Groth-Straße und Bei der Doppeleiche, ob gemäß Nr. 8.2 der textlichen Festsetzungen durch die Klaus-Groth-Straße tatsächlich Linienbusse fahren sollen. Hierzu erläutert die Verwaltung, dass dieses auch nach Abklärung des Vorentwurfes mit dem HVV und der VHH unter bestimmten Bedingungen möglich ist. Erste Voraussetzungen hierfür seien geschaffen worden – wie zum Beispiel das Fällen einer Baumreihe in der Großen Straße, noch nicht entschieden sei jedoch über das Ausbauprogramm der Klaus-Groth-Straße und das hierauf aufbauende detaillierte Verkehrskonzept innerhalb des Zentrum-Ringes. Entschieden worden sei jedoch, dass während des diesjährigen Stadtfestes der Kfz-Verkehr aus der Tiefgarage Klaus-Groth-Straße über die westliche Kohschießstraße nach Norden abfließen soll.

Herr Krüger bezieht sich auf das vor 14 Tagen mit dem Vertreter des LBV-SH, Lübeck, geführte Gespräch über den Ausbau der Straße Brauner Hirsch. Klargestellt wird von der Verwaltung und dem Vorsitzenden, dass die ausgeführte Kreisverkehrsanlage Brauner Hirsch/Dänenweg zwar als akzeptabler Kompromiss unter verschiedenen Gesichtspunkten beurteilt und angesehen wurde, man jedoch vonseiten der Stadt Ahrensburg weiterhin bestrebt sei, die Gesamtsituation zu optimieren. Auf das Gebot, allein schon aus rechtlichen Gründen die anerkannten Regeln der Technik einzuhalten, wird ebenso hingewiesen wie auf den nahen Parkstreifen.

Herrn K.-U. Fleischer wird auf Nachfrage erklärt, dass die Antworten zur Zusammenarbeit mit der Firma Siemens AG im öffentlich zugänglichen Protokoll Nr. 7/2008 nachgelesen werden könne. Ferner erkundigt er sich nach den bereits vor einigen Wochen in Auftrag gegebenen Dächern für die Bahnsteigzugänge des Tunnels Hagener Allee.

Anmerkung der Verwaltung:

Mit einer Bauausführung der Dächer ist im Juli/August 2008 zu rechnen.

Auf die Frage des **Herrn Knoll** wird die Möglichkeit erörtert, an diversen Stellen des Stadtgebietes Knoten mit Lichtsignalanlagen in Kreisverkehrsanlagen umzugestalten. Konkret wird angeregt, durch den Erwerb eines zum Verkauf stehenden Grundstückes die Option zu schaffen, den Knoten Beimoorweg/Kornkamp-Süd umzubauen. Darüber hinaus werden die künftigen Kreuzungen der Straße Am Hopfenbach mit dem Beimoorweg (am Ortseingang) und Kornkamp-Süd erwähnt, wobei im Zusammenhang mit dem Generalverkehrsplan ein Konzept für den Standort von Kreisverkehrsplätzen erarbeitet werden sollte.

Zum Erhalt des städtischen Gebäudes Waldstraße 12 wird durch den Kinder- und Jugendbeirat die Anregung von **Frau Schmick** aufgegriffen, wonach die Kreisberufsschule Ahrensburg dafür gewonnen werden sollte, die Renovierung des Gebäudes aktiv zu unterstützen, um eine befristete gemeinnützige Nutzung – eventuell durch die Pfadfinder – zu ermöglichen. Nach Klärung des hierzu bestehenden Verfahrensstandes wird klargestellt, dass dieses Thema nicht in die Zuständigkeit des BPA fällt.

3 Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2008 vom 16.04.2008

Keine Einwendungen. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die in nicht öffentlicher Sitzung getroffenen Entscheidungen am 16.04.2008 betreffen alle den TOP „Zustimmung zu Einzelbauvorhaben nach § 36 BauGB“, wobei genehmigt worden sind:

- Neubau eines Bürogebäudes an der Ladestraße als Ersatz für das bestehende Handelshaus
- Umbau und Erweiterung eines Einfamilienhauses auf der Ostseite der Hagener Allee (Süd)
- Nutzungsänderung auf einem Betriebsgrundstück in der Hamburger Straße außerhalb der Ortsdurchfahrt

Dagegen wurde versagt eine Befreiung oder Änderung des B-Planes Nr. 54 (hier: Gelände nördlich der Bogenstraße), die verbunden gewesen wären mit dem Ziel, das Maß der baulichen Nutzung zu erhöhen.

In Bezug auf die bereits in der Sitzung am 05.07.2008 aufgegriffene Nachfrage (vgl. BPA-Protokoll Nr. 7/2008; TOP 9.2) bittet der Vorsitzende darum, bei der Zusammenstellung der Sitzungsunterlagen und der eigentlichen Beratung trotz der Gemengelage zu beachten, dass über Verfahren zu Bebauungsplänen gemäß Gemeindeordnung stets in öffentlicher Sitzung zu beraten ist.

Nachdem der Antragsteller seinen Antrag mündlich vorgestellt und kurz erläutert hat, werden die unterschiedlichen Sichtweisen in der Diskussion herausgearbeitet. Diese bestehen weniger im Wunsch, beim Gebäude des Peter-Rantzau-Hauses einen städtebaulich ansprechenden Entwurf zu realisieren als vielmehr darin, auf welchem Weg dieses Ziel erreicht werden soll.

Die Vertreter der SPD-Fraktion plädieren für ein vorgeschaltetes Verfahren, in dem externe Fachkräfte einen qualifizierten, optimierten Vorentwurf fertigen, auf dessen Basis das eigentliche Ausschreibungsverfahren durchgeführt wird und insofern kein Wettbewerb zulasten der städtebaulichen Qualität möglich ist. Auf die positiven Erfahrungen anderer Kommunen bei diesem Vorgehen wird verwiesen. Trotz des Gutachterverfahrens könnte mit der Funktionalausschreibung Ende des Jahres begonnen werden, die hierdurch entstehenden Kosten sind begrenzt und dürften zu einem reduzierten Planungsaufwand bei den Anbietern der PPP-Modelle führen.

Andere Ausschussmitglieder lehnen eine starre Architektenbindung und eine zu starke Einengung im PPP-Verfahren ab. Im Ausschreibungsverfahren sollten fiskalische, soziale und städtebauliche Belange beachtet und gegeneinander abgewogen werden; in diesem Rahmen sollten auch die an diesem Standort wichtigen Qualitätsmerkmale für den Bauentwurf eingefordert werden.

Abschließend wird festgestellt, dass der BPA mit dem Beschluss zum Bebauungsplanverfahren und den entlang der Manfred-Samusch-Straße aufgezeigten Baufeldern im Rahmen der ihm obliegenden Zuständigkeiten geblieben ist und darüber hinaus der Sozial- bzw. Finanzausschuss tangiert sein dürfte. Trotzdem kommt man überein, den zuständigen Gremien auch angesichts der in der Stadtverordnetenversammlung am 26.05.2008 anstehenden Grundsatzentscheidung über die Finanzierung folgende Empfehlung des BPA mit aufzugeben:

Der Bau- und Planungsausschuss bittet die Verwaltung, eine Vorlage zu erarbeiten und in ihr darzustellen, wie im Vorfeld der Ausschreibung qualitätssichernde Maßnahmen in städtebaulicher und funktioneller Hinsicht berücksichtigt werden; hierbei ist die Intention des Antrages zum Vorgutachten Peter-Rantzau-Haus zu beachten.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

6 Verschiedenes

6.1 Peter-Rantzau-Haus / Beachtung der B-Pläne Nr. 11 und 51 sowie mögliche Befreiungstatbestände

In Bezug auf die Beratung unter TOP 5 und die Zuständigkeit der verschiedenen Ausschüsse betont die Verwaltung, dass auch die Stadt Ahrensburg bei der Errichtung des Peter-Rantzau-Hauses die geltenden Bebauungspläne zu beachten habe und die möglichen Befreiungstatbestände vom zuständigen Bau- und Planungsausschuss unter Beachtung des § 31 Abs. 2 BauGB zu beurteilen sein werden.

6.2 Lärmsanierung an Schienenwegen des Bundes

Wie die Verwaltung betont, ist das Schreiben an die AIT Ingenieure im Bauwesen vom 6. Mai 2008 über die Lärmsanierung an Schienenwegen des Bundes bereits dem BPA-Protokoll Nr. 07/2008 (vgl. TOP 10.1; handschriftliche Seiten 77 bis 80) beigelegt. Nachdem der Wunsch erläutert worden ist, auf dem Schienenabschnitt zwischen dem Bahnübergang zum Kuhlenmoorweg und dem Ostring auf Schallschutzwände zu verzichten, bestätigt der Ausschuss, dass zumindest in diesem Bereich die Priorität auf aktiven schienenannahen und passiven Lärmschutz gesetzt wird.

6.3 Entwurf Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die Beratung am 19.03.2008 (vgl. Protokoll Nr. 05/2008; TOP 8.4) und die mit der BPA-Niederschrift Nr. 07/2008 über die Sitzung am 07.05.2008 verteilten Unterlagen (vgl. TOP 11.2, handschriftliche Seiten 81 bis 85) und erläutert in aller Kürze die theoretische Beispielsrechnung für Stormarn, die auf der handschriftlichen Seite 84 abgedruckt ist.

Zum Verfahren wird geklärt, dass die Stadt Ahrensburg zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes bis zum 06.10.2008 Stellung nehmen soll. Dementsprechend ist eine Beratung im BPA spätestens am 03.09.2008 einzuplanen. Die Verwaltung kündigt eine Vorlage an mit dem Entwurf einer Stellungnahme, in der die Grundzüge der Planung befürwortet und begrüßt werden. Dagegen vermutet der Ausschussvorsitzende, dass die städtischen Gremien in ihrer neuen Zusammensetzung hierzu eine andere Auffassung haben könnten und die Stellungnahme dementsprechend angepasst werden müsste.

6.4 Themenwerkstatt "Innenentwicklung" der Metropolregion Hamburg

Den anwesenden Ausschussmitgliedern und Sitzungsteilnehmern wird eine Einladung der Raum & Energie, Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH, Wedel, beigelegt zur 2. Themenwerkstatt „Innenentwicklung“ der Metropolregion Hamburg, die am 11. Juli 2008 von 14:00 bis 18:30 Uhr in Reinfeld stattfinden soll. Diese im Auftrag der Metropolregion Hamburg, Arbeitsgruppe Flächenverbrauch, veranstaltete Themenwerkstatt wendet sich vor allem an die Kommunalpolitik aus den schleswig-holsteinischen Gemeinden und Städten der Metropolregion und hat zum Ziel, anhand der Darstellung von guten Beispielen Möglichkeiten und Strategien für eine qualitätsvolle Innenentwicklung aufzuzeigen und hierüber eine Diskussion zu führen.

6.5 Bauliche Entwicklung im Park Manhagen - Information über den weiteren Verfahrensgang -

Die Verwaltung nimmt Bezug auf den Zwischenbericht in der BPA-Sitzung am 21.11.2007 (vgl. Protokoll Nr. 16; TOP 10.8). Inzwischen ist in Ergänzung der Standortuntersuchung eine erste grobe faunistische Potentialanalyse vorgenommen worden, die jedoch im 1. Halbjahr 2008 noch vertieft werden soll.

Der Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Großhansdorf und der Wirtschafts-, Planungs- und Bauausschuss des Kreises Stormarn haben in ihren Sitzungen am 05. bzw. 06.05.2008 das weitere Vorgehen abgestimmt und sich dafür entschieden, im Zusammenhang mit der Entwicklung des Gastronomiestandortes im Park Manhagen zur Feststellung eines möglichen Investoren- und Betreiberpotentials ein so genanntes Interessenbekundungsverfahren durchzuführen, das insbesondere Aufschluss darüber bringen soll, welchen Umfang das Hotel für einen wirtschaftlichen Betrieb haben muss. Die Planungsziele, die den Interessenten aufgegeben werden, sollen jedoch noch in den Gremien zur Kenntnis und gegebenenfalls zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Veräußerung eines kommunalen Grundstücks ist auch im Falle des Parks Manhagen ausschreibungspflichtig, wobei auf Grundlage der im Interessenbekundungsverfahren gewonnenen Erkenntnisse eine Reduzierung des Vergabeverfahrens auf eine beschränkte Ausschreibung ermöglichen könnte. Vorgesehen ist vom Zeitplan, ein versandfähiges Anforderungsprofil bis Ende Juli 2008 zu erarbeiten, um bis September/Oktober 2008 die Konzepte zu erhalten und anschließend mit der Auswertung beginnen zu können. Federführend tätig ist hier die Gemeinde Großhansdorf.

Der BPA nimmt Kenntnis und wird weiterhin auf dem Laufenden gehalten.

6.6 Neubau eines Sendemastes Höltigbaum

Neubau eines Sendemastes Höltigbaum

Im Bereich des Naturschutzgebietes Höltigbaum wird seit rd. 10 Jahren ein Funkmast betrieben. Dieser Turm hat derzeit eine Höhe von ca. 160 m und steht auf einer kleinen Fläche inmitten der insgesamt 700 ha großen Naturschutzgebiete Höltigbaum/Stellmoor Tunneltal. Die Betreiberin beabsichtigt nun, den bestehenden Antennenträger durch eine neue Anlage mit einer Höhe von etwa 250 m zu ersetzen; ein entsprechendes Baugenehmigungsverfahren dürfte laufen.

Nach Ansicht der Umweltverbände hätte die Errichtung des größeren Turmes negative Folgen für das Gebiet, insbesondere durch

- den Eingriff in das Landschaftsbild und den Erholungsraum,
- die Beeinträchtigung des Nahrungs- und Ruheraumes für Zugvögel (Halten der Flugroute) und
- die zu erwartenden erhöhten Verluste bei der Vogelfauna durch Kollisionen mit Mast- und Abspannseilen.

Das Thema betrifft das Hoheitsgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg, sollte von der Stadt Ahrensburg also lediglich am Rande begleitet werden, zumal die Angelegenheit von der Hamburger Bürgerschaft aufgegriffen worden ist. Der Verfahrensstand ist den beigefügten Stellungnahmen des Senats zu entnehmen. Danach deutet sich eine Genehmigung an, wobei im Rahmen eines landschaftspflegerischen Begleitplanes angemessene Ausgleichsmaßnahmen festzulegen und umzusetzen wären.

Der Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksverwaltung Wandsbek, der darauf abzielt, vor der Genehmigung Alternativstandorte zu untersuchen, ist am 08.05.2008 in den dortigen zuständigen Fachausschuss überwiesen worden.

Der BPA nimmt Kenntnis; fortan wird der Umweltausschuss informiert.

6.7 Antrag der Ahrensburger Schützengilde auf Durchführung des Schützen- und Volksfestes auf dem Lindenhof-Gelände

Die Verwaltung verweist auf die Beratung am 19.03.2008 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 5/2008; TOP 8.6), wonach der BPA dem Antrag auf einmalige Durchführung des Schützen- und Volksfestes auf dem Platz der Alten Reitbahn zugestimmt hat. Nunmehr beantragt die Ahrensburger Schützengilde von 1955 e. V. eine Änderung des Veranstaltungsortes. Da sie auf dem Platz Alte Reitbahn keine Energieversorgung wirtschaftlich herstellen könnten, wird um eine Sondernutzungserlaubnis für den Lindenhofparkplatz gebeten.

Der BPA bittet darum, den Antrag auf Sondernutzung in der Sitzung am 04.06.2008 abschließend zu beraten, wozu auch aus formellen Gründen die Aufhebung des Beschlusses vom 19.03.2008 zählt.

Allgemein wird angemerkt, dass das Gebot der Rücksichtnahme auch für den Lindenhofparkplatz gilt angesichts der Höhe der Gebäude und der nahen Seniorenwohnanlage. Klargestellt wird ebenfalls, dass die hiermit verbundenen Kosten vom Antragsteller zu tragen sind. Hierzu zählt etwa die Schaffung eines Stromanschlusses sowie die auf rd. 2.000 € geschätzten Kosten für das Herausnehmen und Wiedereinsetzen der auf dem Lindenhof befindlichen Poller.

6.8 Flächenmanagementkataster (FMK)

Ein Vermerk über das Ergebnis des kürzlich durchgeführten Workshops „Instrumente des Flächenmanagements“ ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

6.9 BPA-Ausblick auf Themen

Aus der heutigen Sicht sind in den nächsten Ausschusssitzungen folgende wichtige Themen zu beraten:

04.06.2008: — AOK-Knoten, Vorstellung von Ingenieurbüros

18.06.2008: — Am Tiergarten, Verkehr
— Platzanlage Hagener Allee, Verkehrsabwicklung (Anträge Nrn. 35 und 36/2007)
— Bahnhaltestelle Gartenholz, Details der westlichen Erschließung

02.07.2008: (in neuer Zusammensetzung)
— Ausbau Große Straße (Vorlage Nr. 2008/076)
— Stellplatz für Wohnmobile (Antrag Nr. 34/2007)

7 Kennntnisnahmen

7.1 Schaffung temporärer Kfz-Parkplätze im Umfeld des Schlosses

Eine Sitzungsteilnehmerin erwähnt die mehreren bereits geplanten größeren Veranstaltungen auf der Schlossinsel und den hierdurch ausgelösten Bedarf an Kfz-Parkplätzen sowie den hierzu vom Seniorenbeirat gestellten Antrag Nr. 33/2007, mit dem sich der BPA bereits am 05.12.2007 befasst hat (vgl. Niederschrift Nr. 17/2007; TOP 12). Ihres Erachtens dürfe nicht die Realisierung der einzelnen Teilprojekte des Realisierungskonzeptes Schlosspark – Aue – Innenstadt abgewartet werden, sondern stattdessen zeitlich begrenzt eventuell nördlich des Rosenhof V eine provisorische Parkplatzanlage hergestellt werden.

7.2 Abstellplätze für Wohnmobile

In Bezug auf die Presseberichte, wonach in einigen Nachbarkommunen Stellplätze für Wohnmobile nutzbar sind, wird auf den Antrag Nr. 34/2007 zur Errichtung von „Abstellplätzen für Wohnmobile für auswärtige Besucher (mit begrenzter Parkzeit)“ verwiesen und an dessen abschließende Beratung erinnert.

Wie die Verwaltung betont, sei der Antrag in der BPA-Sitzung am 05.12.2007 (vgl. Protokoll Nr. 17/2007; TOP 13) behandelt worden, wobei die Verwaltung aufgefordert wurde, in Form einer Vorlage ein umfassenderes Konzept unter Einbeziehung sanitärer Anlagen und Ver- und Entsorgungseinrichtungen zu erarbeiten. Die Vorlage werde voraussichtlich im Juni 2008 erstellt werden können.

7.3 Situation Am Tiergarten

Während ein Ausschussmitglied an die seines Erachtens beschlossene rd. 6-monatige Sperrung des Straßenzuges Mühlenredder/Am Tiergarten erinnert, während dessen die hierdurch ausgelöste Verkehrsverlagerung im Echtversuch gezählt und dokumentiert werden sollte, erinnern andere Sitzungsteilnehmer an das Beratungsergebnis vom 06.02.2008 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 2/2008; TOP 5), wonach die Verwaltung zunächst eine Vorlage zu diesem Thema erarbeiten sollte. Verwiesen wird zudem darauf, dass die urbanus GbR, Lübeck, im Zusammenhang mit der Zukunftswerkstatt und dem anstehenden Generalverkehrsplan im Herbst dieses Jahres eine flächendeckend qualifizierte Verkehrszählung durchführen wird.

Man kommt überein, den entsprechenden Protokollauszug nochmals zu verteilen, um das Verfahren in einer der nächsten Sitzungen abzustimmen.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Auszug ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

7.4 Verkehrliche Erschließung des Lebensmittelnahversorgers am Reeshoop

Vonseiten des Ausschusses wird Bezug genommen auf die Vorlagen-Nr. 2007/130, anhand der der BPA am 21.11.2007 (vgl. Protokoll Nr. 16/2007; TOP 8) über die Ansiedlung des Lebensmittelnahversorgers beraten und hierbei seine Vorstellungen zur Umgestaltung des umliegenden Straßenraumes zum Ausdruck gebracht hat.

Wie die Verwaltung auf Nachfrage zum Verfahrensstand berichtet, seien die neuen Grundstückseigentümer des gewerblich genutzten Grundstückes bereit, die erforderlichen Flächen an die Stadt Ahrensburg abzutreten. Die Verwaltung sagt zu, die künftige Situation anhand einer Planskizze in Form einer Vorlage zu verteilen und sie in einer der nächsten Sitzungen zur Abstimmung zu stellen.

7.5 Verkehrssicherheit an den Einmündungen in die Nebenanlagen der Kerntangente

Die Vertreterin des Kinder- und Jugendbeirates bezieht sich auf die abgelehnte Anregung, an den beiden Einmündungen in die Nebenanlagen der Kerntangente (auf Höhe Hagener Allee/Bahnhofstraße und Waldstraße) Verkehrsspiegel anzubringen und bemerkt hierzu, dass es hier nach wie vor zu gefährlichen Situationen komme. Die Verwaltung möge weiter prüfen, durch welche geeigneten Maßnahmen die Verkehrssicherheit erhöht werden könnte.

7.6 Geschwindigkeitsbegrenzung im Quartier Rathausstraße/Lohe/Große Straße

Wie ein Ausschussmitglied feststellt, ist auf den Straßenzügen Rathausstraße, Lohe, Große Straße keine gesonderte Höchstgeschwindigkeit angeordnet, sodass man theoretisch bis zu 50 km/h fahren kann. Die städtische Verkehrsaufsicht wird um eine Stellungnahme gebeten, ob und gegebenenfalls wann in diesem Bereich die zulässig Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt wird.

7.7 Haltverbot in der Fritz-Reuter-Straße

Ein Ausschussmitglied dankt der städtischen Verkehrsaufsicht für das Aufgreifen seiner Anregung, die Haltverbote in der Fritz-Reuter-Straße insoweit anzupassen, dass den Anliegern trotz des durch die Umleitung verursachten stärkeren Verkehrs das Halten auf der Fahrbahn in einem akzeptablen Umfang gewährt wird.

7.8 Straßenunterhaltung in der Ladestraße auf Höhe des neuen Tunnelzuganges

Ausschussmitgliedern erinnern an die bereits am 06.02.2008 angesprochene Angelegenheit (vgl. BPA-Protokoll Nr. 2/2008; TOP 8.6) und fordern die Verwaltung auf, die größeren Unebenheiten kurzfristig zu beseitigen, damit auch bis zu dem für Herbst 2008 vorgesehenen endgültigen Ausbau der Ladestraße im Umfeld des neuen Bahnsteigzuganges die Verkehrssicherheit gewährleistet wird.

7.9 Sanierung der Tiefgarage unter dem Rathausplatz

Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass nach ihren Informationen die Schäden an der Tiefgarage unter dem Rathausplatz von dem Eigentümer behoben werden im Zusammenhang mit der Umsetzung der sonstigen Hochbaumaßnahme.

7.10 Unterhaltung des Pflasters im südöstlichen Bereich Rathausplatz

Wie ein Ausschussmitglied anmerkt, sind einige Gehwegplatten im Randbereich des Rathausplatzes zum Durchgang Nessler lose und sollten neu verlegt werden.

7.11 Unterhaltung Rathausstraße

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes betont die Verwaltung, dass der Asphalt auf Höhe der Grundstücksüberfahrt in der Rathausstraße nur provisorisch eingebracht wurde. In Kürze werden die ursprünglich lockeren Granitplatten neu eingesetzt.

Der öffentliche Teil der BPA-Sitzung wird um 21:16 Uhr beendet.

gez. Jörn Schade
Vorsitz

gez. Ulrich Kewersun
Protokoll